

Klare Mehrheit gegen einen EU-Beitritt der Ukraine

Wichtige Argumente sprechen gegen einen EU-Beitritt der Ukraine – nun zeigt eine aktuelle Umfrage, dass die Mehrheit der Österreicher dies auch weiterhin ablehnt.

Wien. 60 Prozent der Österreicher sprechen sich entschieden gegen einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union aus, so das eindeutige Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFDD.

Dieses Ergebnis, basierend auf einer repräsentativen Befragung im Januar 2026, bestätigt eine große Skepsis in Österreich gegenüber der EU-Erweiterung: Nur 30 Prozent befürworten den EU-Beitritt der Ukraine, während 10 Prozent unentschieden sind. Die Umfrage von IFDD im Auftrag der *Kronen Zeitung* zeigt die Bedenken, die seit Beginn des Krieges im Februar 2022 nicht weniger geworden sind. Die Daten sind auch ein Signal an Brüssel: Die EU muss ihre aktuelle Erweiterungspolitik überdenken, um nicht an Legitimität zu verlieren.

Mit dieser mehrheitlichen Ablehnung zu einem EU-Beitritt der Ukraine sind die Österreicher in Europa nicht allein: In Deutschland zeigt eine kürzliche Erhebung des Special

Eurobarometer vom Dezember 2025 ein ähnliches Ergebnis. Hier sind 47 Prozent der Befragten für einen Beitritt der Ukraine, während ebenfalls 47 Prozent dagegen sind. Diese Parität unterstreicht eine zunehmende Polarisierung in der deutschen Gesellschaft, die traditionell als Motor der EU-Erweiterung gilt.

Eine weitere Umfrage des britischen Meinungsforschungsinstituts More in Common aus Dezember 2025 ergänzt dies: Obwohl 53 Prozent der Deutschen mit der Ukraine sympathisieren, bleibt die Unterstützung für eine tiefgreifende Integration begrenzt, insbesondere im Kontext des anhaltenden Krieges.

Insgesamt unterstützen EU-weit nur 52 Prozent der Bürger einen EU-Beitritt der Ukraine, vorausgesetzt, alle vertraglich dafür nötigen Bedingungen werden erfüllt – das ist ein Rückgang von 66 Prozent noch im Jahr 2022. In Ländern wie Schweden liegt die Zustimmung bei 91 Prozent, in Frankreich bei 48 Prozent und in Tschechien nur bei 28 Prozent.

In Ungarn, wo Ministerpräsident Viktor Orbán seit langem als Mahner der Ukraine-Politik der EU auftritt, zeichnet sich ein vergleichbares Bild ab. Eine Umfrage des Republikon-Instituts aus April 2025 ergab, dass 47 Prozent der Ungarn den Beitritt unterstützen, solange der Standardzeitplan für Kandidatenländer eingehalten wird – doch 46 Prozent sind dagegen. Diese knappe Mehrheit für den Beitritt täuscht über tiefe Vorbehalte hinweg, die durch Orbáns wiederholte Warnungen noch verstärkt werden. Die ungarische Regierung hat auch mehrmals EU-Entscheidungen blockiert, darunter Hilfspakete für die Ukraine, und argumentiert mit Minderheitenrechten der ungarischen Community in der Westukraine.

Die Umfragen in Österreich, Deutschland und Ungarn deuten auf eine breitere „Erweiterungsmüdigkeit“ hin, die durch wirtschaftliche Unsicherheiten und den fortgeführten Krieg verstärkt wird.

Was spricht gegen einen EU-Beitritt der Ukraine?

Es gibt tatsächlich gute Argumente, die klar gegen einen EU-Beitritt der Ukraine sprechen, sie reichen von wirtschaftlichen über sicherheitspolitische bis hin zu institutionellen Bedenken.

Zunächst einmal die finanzielle Belastung: Die Ukraine, als eines der ärmsten Länder Europas mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von nur 5.000 Euro (im Vergleich zu 40.000 Euro im EU-Durchschnitt), würde zu einem Nettoempfänger werden. Schätzungen der EU-Kommission gehen von jährlichen Subventionen in Höhe von 20 bis 30 Milliarden Euro aus, die aus dem EU-Haushalt finanziert werden müssten. In Deutschland sehen 47 Prozent der Befragten genau darin eine drohende zusätzliche Last für die Steuerzahler. Dies könnte zu höheren Beiträgen der Nettozahler-Nationen wie Österreich und Deutschland führen, was in Zeiten steigender Energiepreise und Inflation absolut unpopulär ist.

Dazu spielt die drohende wirtschaftliche Konkurrenz eine große Rolle: Die Ukraine ist einer der größten Getreideexporteure weltweit – das würde durch zollfreien Zugang zum EU-Markt lokale Bauern unter Druck setzen. Bereits jetzt protestieren Landwirte in Polen und Frankreich gegen günstige ukrainische Importe, die die Preise drücken. Mit 41 Millionen Hektar Ackerland produziert die Ukraine 10 Prozent des globalen Weizens und ist weltweit

führend bei der Produktion von Sonnenblumenöl.

Niedrige Produktionskosten (19–39 Prozent Wettbewerbsvorteil durch Bodenfruchtbarkeit und Strukturen) könnten zu unfairer Konkurrenz führen, wie eine Analyse von FarmEurope zeigt. Bereits jetzt haben zollfreie Importe seit 2022 die Preise gedrückt, was zu Protesten in Polen, Frankreich und anderen Ländern führte. Die EU bezahlte 156 Millionen Euro an betroffene Bauern als Ausgleich. Bauernverbände in Frankreich und Deutschland nennen den Beitritt eine „Katastrophe“, da ukrainische Großbetriebe laut Bericht des Europaparlamentes Getreide und Ölsaaten dominieren und EU-Märkte überschwemmen könnten. Ungarn, Polen und die Slowakei haben bereits Importverbote verhängt, um ihre lokalen Märkte zu schützen.

Ein weiteres zentrales Argument ist die Korruption und organisierte Kriminalität in der Ukraine. Trotz gewissen Fortschritten in den Reformen – die Ukraine hat seit 2022 über 4.000 Antikorruptionsverfahren eingeleitet – rangiert das Land im Corruption Perceptions Index von Transparency International auf Platz 104 von 180 . Auch deshalb befürchten 45 Prozent der Deutschen, dass ein Beitritt Korruption und Kriminalität in die EU importieren könnte. Die EU fordert strenge Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Justiz, doch es wird bezweifelt, ob Kiew diese in absehbarer Zeit erfüllen kann, solange der Krieg andauert.

EU-Beitritt der Ukraine würde Neutralität Österreichs beenden

Auch der militärische Konflikt selbst stellt weiterhin ein enormes Risiko dar: Ein Beitritt würde die EU in den Krieg hineinziehen, da Artikel 42.7 des EU-Vertrags gegenseitige Beistandspflichten vorsieht. Mit Russlands Aggression könnte dies zu einer Eskalation führen, was die Sicherheit der EU-Mitglieder gefährdet. In Österreich, das neutral ist, wiegt dieses Argument besonders schwer.

Zudem würde ein Beitritt die Entscheidungsfindung erschweren – 47 Prozent der Deutschen sehen darin ein Problem, da die EU mit 28 Mitgliedern bereits sehr bürokratisch agiert. Mit der Ukraine kämen weitere Veto-Möglichkeiten hinzu, was Reformen blockieren könnte.

Nicht zu vergessen die Sorge vor noch mehr Massenmigration: 43 Prozent der Deutschen befürchten zusätzliche unkontrollierte Zuwanderung. Der Krieg hat bereits Millionen Flüchtlinge in die EU getrieben, allein in Deutschland keben mittlerweile eine MIllion Ukrainer, ein Beitritt könnte Freizügigkeit für 35 Millionen Ukrainer bedeuten, was die Sozialsysteme noch mehr belasten würde.

Zwar bietet die EU-Erweiterung Chancen wie neue Märkte und Stärkung der EU-Geopolitik, doch die Umfragen zeigen: Die Bürger priorisieren Stabilität über Expansion. Insgesamt mahnen diese Umfragen zur Vorsicht: Die EU muss Reformen in Kiew forcieren und auf die Bedenken der Mitgliedstaaten reagieren, bevor ein Beitritt realistisch wird. Andernfalls riskiert die EU eine innere Spaltung. Für Österreich, Deutschland und Ungarn ist klar: Der Weg der Ukraine in die EU ist derzeit unerwünscht.

Foto: Nicolas Economou/NurPhoto via Getty Images

i Dieser Beitrag stammt ursprünglich von statement.at